

LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER,

das Jahr 2017 ist schulpolitisch gleich brisant mit einer Debatte zum hessischen Lehrkräftemangel gestartet. Wir haben bereits seit über einem Jahr darauf hingewiesen, dass Lehrkräfte fehlen, zunächst an den Förderschulen bzw. für die inklusive Beschulung. Nun kommt auch an den Grundschulen immer mehr zum Tragen, dass Hessen in den vergangenen Jahren zu wenig in die Lehrkräfteausbildung investiert hat und sich zu sehr darauf verlassen hat, Absolventinnen und Absolventen aus anderen Bundesländern abzuwerben. Mit steigenden Einstellungszahlen überall in der Republik ist diese Quelle jedoch versiegt. Dadurch bekommt die noch immer inakzeptable Kürzung der 140 Stellen an hessischen Grundschulen im vergangenen Jahr eine ganz andere Bedeutung. Ohne diese Kürzung hätte die Landesregierung heute 140 Stellen mehr, die sie nicht besetzen könnte.

Neben unseren Initiativen zu diesem Thema wollen wir Sie in dieser Ausgabe unseres Newsletters zudem über die anstehende Novellierung des hessischen Schulgesetzes informieren. Wir halten schon den Zeitpunkt für einen falschen, da die Enquetekommission Bildung des Landtags, die sich mit grundlegenden Fragen und Reformbedarf des Schulsystems beschäftigt hat, sich gerade erst auf der Zielgeraden befindet und der Abschlussbericht aussteht. Zudem bestehen viele Regelungen bereits in Verordnungen oder weil die Realität längst weiter ist.

Außerdem finden Sie in dieser Ausgabe gleich eine ganze Reihe „Großer Anfragen“, die wir auf den Weg gebracht haben. Mit den Antworten rechnen wir in ca. drei Monaten.

Mit freundlichen Grüßen



Christoph Degen, MdL



Christoph Degen, MdL
Vorsitzender des
Arbeitskreises Kultus

DIESER NEWSLETTER KANN NUR EINEN KLEINEN EINBLICK IN UNSERE ARBEIT GEBEN. KLICKEN SIE AUF DIE PORTRAITS DER MITGLIEDER DES ARBEITSKREISES, UM EINE LISTE DER JEWEILIGEN PARLAMENTARISCHEN INITIATIVEN ZU ERHALTEN.



Kerstin Geis, MdL



Karin Hartmann, MdL



Brigitte Hofmeyer, MdL



Gerhard Merz, MdL



Lothar Quanz, MdL



Turgut Yüksel, MdL

NOVELLIERUNG DES HESSISCHEN SCHULGESETZES

„Die Schulgesetz-Novelle ändert nichts an der von Überlastung gekennzeichneten Realität in den hessischen Schulen. Die Kritik, die in der Anhörung vorgebracht wurde, macht zudem deutlich, dass es der Koalition weniger um pädagogische Wirkung geht, als um Gerichtsfestigkeit“, erläutert unser bildungspolitischer Sprecher Christoph Degen.

Ein maßgeblicher Kritikpunkt ist das Festhalten am Ressourcenvorbehalt für die inklusive Beschulung und die Festschreibung des aus unserer Sicht überflüssigen „Pakts für den Nachmittag“ sowie die lange bestehende Ganztagschulrichtlinie in Gesetzesform. Mit der Verabschiedung der Schulgesetznovelle rechnen wir im Mai 2017.

Zur [Pressemitteilung](#): „Schulgesetz fällt schon im Vorfeld bei Bildungsverbänden durch“

Zur [Pressemitteilung](#): „Verbesserungen oder Fortschritte Fehlanzeige - Schulgesetz fällt in Landtagsanhörung durch“

Zum [Gesetzentwurf](#) der Fraktionen der CDU und Bündnis 90/Die Grünen für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Schulgesetzes

LEHRERMANGEL STATT „ALLZEITHOCH“

„Kinder stehen nicht ohne Ankündigung vor der Tür einer Schule. In der Regel ist das sechs Jahre vorher bekannt. Pensionierungen brechen nicht über Nacht herein, sondern haben Vorlaufzeiten. Auch der Mangel an Förderschullehrkräften, die Hessen zur Umsetzung der Inklusion dringend benötigt, ist seit Jahren bekannt, aber zu wenig beachtet worden“, konstatiert Christoph Degen.

Alle unsere Initiativen zum Ausbau der Aus- und Weiterbildungskapazitäten wurden durch die schwarz-grüne Koalition abgelehnt und auch die zahlreichen Überlastungsanzeigen von Lehrkräften sind in den Wind geschlagen worden.

Zum [Video](#) der Plenardebatte zum Lehrkräftemangel

Unser [Dringlicher Berichts Antrag](#) betreffend Lehrkräftemangel statt „Allzeithoch“ in Hessen

Unser [Antrag](#) betreffend Landesregierung reagiert zu spät auf Lehrkräftemangel

Zur [Pressemitteilung](#): „Schwarz-Grün gesteht Lehrermangel endlich ein - ‚Allzeithoch‘ zum Schuljahresbeginn war reine Schönrechnerei“

Zum Interview mit [RTL Hessen](#)

PAKT FÜR DEN NACHMITTAG

Das angebliche „größte Ausbauprogramm in der Geschichte des Landes“ entpuppt sich als Lachnummer. Wie der Kultusminister in der Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses am 11.01.2017 zugab, sind durch den Pakt für den Nachmittag seit dem Schuljahr 2015/2016 lediglich 34 Grundschulen zu den ganztägig arbeitenden Schulen dazu gekommen. Alle anderen Pakt-Schulen waren vorher längst in einem Profil der hessischen Ganztagschulrichtlinie verankert. Der Pakt presst überwiegend bestehende Angebote unter einem neuen Label zusammen, aber schafft kaum neue Angebote.

Unser [Berichts Antrag](#) betreffend Umsetzung des Pakts für den Nachmittag II

Zur [Antwort](#) der Landesregierung auf unseren Berichts Antrag betreffend Umsetzung des Pakts für den Nachmittag II

Zur [Pressemitteilung](#): „Schwarz-grüner ‚Pakt für den Nachmittag‘ bleibt ein Flickenteppich“

FINANZIERUNGSFRAGEN BEI KLASSENFahrTEN

Immer wieder erreichen uns Fragen von Eltern und Lehrkräften zur Teilnahmepflicht und zu Abrechnungsmodalitäten von Klassenfahrten.

Aus diesem Grund haben wir die angefügte Anfrage gestellt, die kurz und knapp einige Antworten zum Themengebiet umfasst.

Unsere [Kleine Anfrage](#) betreffend Finanzierungs- und Haftungsfragen bei Klassenfahrten inklusive Antworten

UMSTELLUNG VON LEHRPLÄNEN ZU SCHULCURRICULA

Jahre nach der Einführung der Kerncurricula und Bildungsstandards weiß die Landesregierung so gut wie gar nichts über die Einführung der damit ursprünglich geplanten Schulcurricula.

Unsere [Kleine Anfrage](#) betreffend Umstellung von Lehrplänen zu Schulcurricula inklusive Antworten

Ernüchternd ist zudem, dass die Frage der dadurch entstehenden Arbeitsbelastung am Wiesbadener Luisenplatz offenbar auch niemanden interessiert. Wie immer muss im Zweifel der Zuschlag zur Grundunterrichtsversorgung erhalten, um Entlastungen zu ermöglichen.



„SPEED 4“ AN HESSISCHEN SCHULEN

Die Firma Speed4 System Germany GmbH bietet unter dem Namen „Speed4“ Laufwettbewerbe für Grundschulen an. Diese Wettbewerbe finden im Sportunterricht statt.

Unser [Berichtsantrag](#) betreffend „Speed 4“ an hessischen Schulen

Die Kritik an diesen Wettbewerben wurde bereits mehrfach öffentlich formuliert. Es besteht offensichtlich der Anschein, dass diese Veranstaltungen zu nicht unwesentlichen Anteilen als für die Kundengewinnung der fördernden Firmen zuträglich angesehen werden.

Zur [Antwort](#) der Landesregierung auf unseren Berichtsantrag betreffend „Speed 4“ an hessischen Schulen



KOOPERATIONEN VON SCHULEN UND UNTERNEHMEN TRANSPARENT FÖRDERN

„Erforderlich ist eine unabhängige Monitoringstelle für Unterrichtsmaterialien und -wettbewerbe, die nach festgelegten Qualitätskriterien entsprechende Angebote außerschulischer Akteure prüft und bewertet“, erklärt Christoph Degen. Eine Monitoringstelle bietet die Möglichkeit einer transparenten und für alle Schulen zugänglichen Bewertung von Materialien und entlastet gleichzeitig die Lehrkräfte.

Unser [Antrag](#) betreffend Kooperationen von Schulen und Unternehmen transparent und einflussfrei fördern

Zur [Pressemitteilung](#): „Hessen braucht unabhängige Monitoringstelle für Unterrichtsmaterialien“



GLOBALES LERNEN

Damit globales Lernen im Unterricht einen festen Platz findet, hat das Bundesentwicklungsministerium gemeinsam mit der Kultusministerkonferenz der Bundesländer im Jahr 2015 einen „Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung“ erarbeitet.

Unser [Berichtsantrag](#) betreffend Globales Lernen und Bildung für nachhaltige Entwicklung an hessischen Schulen

Zur [Antwort](#) der Landesregierung betreffend Globales Lernen und Bildung für nachhaltige Entwicklung an hessischen Schulen

Mit der Antwort auf die Kleine Anfrage (Drs. 19/2018) wurde deutlich, dass globales Lernen zwar bereits in der Lehrerbildung möglich, aber bei Weitem nicht verpflichtend ist.

Unsere [Kleine Anfrage](#) betreffend Globales Lernen an hessischen Schulen inklusive Antworten

NACHGEFRAGT - GROÙE ANFRAGEN UND BERICHTSANTRÄGE

STUDIE ZUR BESONDEREN BELASTUNG DER LEHRKRÄFTE

Wir wollen die Mehrbelastungen der hessischen Lehrerinnen und Lehrer durch eine Studie erfassen und wissenschaftlich untersuchen lassen, um politisch daraus die richtigen Konsequenzen zu ziehen und notwendige Entlastungen auf den Weg zu bringen.

Die Koalition aus CDU und Grünen lehnt das ab!

Unser [Antrag](#) betreffend Studie zur besonderen Belastung der Lehrerinnen und Lehrer in Hessen

Zum [Video](#) der Plenardebatte



BELASTUNGEN UND BEFRISTUNGEN IN DER ARBEITSWELT SCHULE

Die Kernaufgabe von Lehrkräften ist die Wissensvermittlung und die pädagogische Arbeit mit den Schülerinnen und Schülern. Lehrkräfte und Schulleitungen beklagen aber, dass dafür immer weniger Zeit bleibt. Trotz steigender Arbeitsbelastung bleibe aufgrund zusätzlich zu übernehmender Verwaltungstätigkeiten und bürokratischer Pflichten immer weniger Zeit für Unterrichtsvor- und Nachbereitung.

Unsere [GroÙe Anfrage](#) betreffend Belastungen und Befristungen in der Arbeitswelt Schule

In Hessen waren über die Sommerferien 2015 insgesamt 1.184 Lehrerinnen und Lehrer in Hessen arbeitslos gemeldet, aber zum Schuljahresbeginn wieder eingestellt.



PRAXISSEMESTER IN DER LEHRKRÄFTEAUSBILDUNG

Mit dem Praxissemester werden in Hessen die bisherigen „Schulpraktischen Studien“ zu einer längeren Phase innerhalb des Studiums zusammengefasst. Dabei stieß die konkrete Ausgestaltung des Praxissemesters bereits vor der Einführung auf Kritik, vor allem wegen des frühen Zeitpunkts der Praxisphase im Studium. Der Landesregierung liegt offenbar bereits ein erster Evaluationsbericht zur Erprobung des Praxissemesters vor, der dem Landtag noch nicht zur Kenntnisnahme weitergereicht wurde.

Unser [Antrag](#) betreffend Evaluierung des Praxissemesters in der Lehrkräfteausbildung



UMSETZUNGSSTAND INKLUSIVER BESCHULUNG

In der Antwort auf unsere Kleine Anfrage verweist die Landesregierung auf die Frage nach Kriterien, woran die Realisierung eines inklusiven Schulsystems in Hessen zu messen sei, auf den Aktionsplan der Landesregierung zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen. Näher betrachten wollen wir mit dieser GroÙen Anfrage die darin enthaltenen Grundsatzziele im Kapitel 6 (Schule und Bildung).

Unsere [Kleine Anfrage](#) betreffend Zeitplan zur Realisierung eines inklusiven Schulsystems inklusive Antworten

Unsere [GroÙe Anfrage](#) betreffend Umsetzungsstand inklusiver Beschulung

UMSETZUNG DES SPRACHFÖRDERPROGRAMMS InteA

„InteA (Integration durch Anschluss und Abschluss) soll den Einstieg ins Berufsleben ebnen und dadurch die Integration ermöglichen. Dafür reichen die Maßnahmen definitiv nicht“, konstatiert unser sozialpolitischer und stellvertretender bildungspolitischer Sprecher Gerhard Merz.

Unsere [Große Anfrage](#) betreffend Umsetzungsstand des Sprachförderprogramms „Integration durch Anschluss und Abschluss“ (InteA) in Hessen

Mit einer Großen Anfrage möchten wir die reale Beschulungssituation, die Lerninhalte und Anforderungen, die Betreuung und Unterstützung sowie die tatsächliche Anschlussfähigkeit im Bildungs- und Ausbildungssystem unter die Lupe zu nehmen, um die Koalition endlich zum Handeln zu bewegen.

Zur [Pressemitteilung](#): „Sprachförderprogramm ‚InteA‘ braucht dringend Überprüfung und Überarbeitung“

MIT DEN ANTWORTEN DER LANDESREGIERUNG AUF DIE GROßEN ANFRAGEN UND BERICHTSANTRÄGE RECHNEN WIR IN CA. DREI MONATEN. WIR HALTEN SIE AUF DEM LAUFENDEN.

.....

ENQUETEKOMMISSION VERFASSUNG (EKV)

Mit uns wird es keine wie auch immer gearteten Bildungsgebühren geben. „Die Sozialdemokratie in Hessen steht dafür, unseren Kindern auf dem Weg zur bestmöglichen Bildung keine Steine in den Weg zu legen. Wer sein Kind in die Kindertagesstätte oder die Kindertagespflege geben möchte, soll dies tun können, ohne dabei finanziell belastet zu werden. Einen entsprechenden Gesetzentwurf haben wir schon vor längerer Zeit in den Hessischen Landtag eingebracht – und Schwarz-Grün hat ihn abgelehnt“, erklärt unser Obmann in der Enquetekommission zur Änderung der Verfassung Norbert Schmitt.

Zur [Pressemitteilung](#): „Hohlkörper ohne Inhalt - Grüne wollen Studiengebühren möglich machen“

.....

ENQUETEKOMMISSION BILDUNG (EKB)

„Die Bereiche Inklusion und Integration müssen von der Hessischen Landesregierung endlich gezielt vorangetrieben werden. Schulsozialarbeit ist notwendig und kein Luxus, der an einem Kostenvorbehalt scheitern darf“, kritisiert unser Obmann in der EKB Gerhard Merz.

Zur [Pressemitteilung](#): „Wichtige Erkenntnisse für die Zukunft der Bildung in Hessen“

Von den angehörten Sachverständigen wurde umfassend aufgezeigt, wie bestimmten Problemen aus wissenschaftlicher und praxisnaher Sicht begegnet werden kann.

Wir werden mit Hilfe der Erkenntnisse durch die Experten der Kommission auch in Zukunft gezielt Vorschläge erarbeiten und Ideen vortragen, die das hessische Bildungssystem gerechter machen und für die Zukunft wappnen.

Derzeit wird der Abschlussbericht der zweieinhalbjährigen Tätigkeit der EKB erarbeitet.

NACHGEFRAGT - MÜNDLICHE FRAGEN

IN DER REGELMÄßIG STATTFINDENDEN FRAGESTUNDE IM PLENUM KÖNNEN ABGEORDNETE KURZE MÜNDLICHE FRAGEN AN DIE LANDESREGIERUNG STELLEN. DIESE WERDEN SOFORT BEANTWORTET.

Frage des Abg. Degen:

Wann kann die Schulgemeinde der Astrid-Lindgren-Grundschule in Hammersbach mit der vollumfänglichen Neubesetzung der seit Monaten vakanten Stelle der Schulleiterin oder des Schulleiters rechnen?

Antwort der Landesregierung (LR):

„Die Schulleiterin der Astrid-Lindgren-Grundschule in Hammersbach ist seit dem 01.02.2016 in das Staatliche Schulamt in Hanau abgeordnet (...). Da die Schulleiterstelle der Astrid-Lindgren Schule dementsprechend derzeit nicht frei ist, kann momentan auch keine Neuausschreibung erfolgen (...).“

Frage der Abg. Geis:

Wie viele Schulen in Hessen haben ein schulinternes Konzept zur fächerübergreifenden Medienerziehung und für die Erlangung frühzeitiger EDV-Kenntnisse entwickelt?

Antwort der LR:

„(...)Konzepte zur schulischen Medienbildung werden von den Schulen im Rahmen ihrer pädagogischen Gestaltungsfreiheit selbstständig erarbeitet. Sie sind Teil des Schulcurriculums. Demzufolge sind sie nicht durch das Hessische Kultusministerium zu genehmigen. Infolgedessen liegen dazu auch keine aktuellen Zahlen vor.“

Frage des Abg. Yüksel:

Wann legt die Landesregierung das für Ende 2016 angekündigte Konzept zur Einführung von Herkunftssprachen als zweite bzw. dritte Fremdsprache an hessischen Schulen vor?

Antwort der LR:

„(...)Die Lage hat sich durch die Herausforderungen der Zuwanderung vieler neuer Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger in der Tat etwas verkompliziert (...). Dieser Umstand muss in die Erarbeitung des angekündigten Fremdsprachenkonzepts einbezogen werden (...).“

Frage des Abg. Degen:

Beabsichtigt die Landesregierung, anders als in der Antwort auf die Kleine Anfrage Drs. 19/3818 geäußert, doch die Erstellung einer Handreichung zur Umsetzung des neuen Lehrplans Sexualerziehung in Auftrag zu geben?

Antwort der LR:

„Seit der Veröffentlichung des Lehrplans haben die Landesregierung zahlreiche Anfragen erreicht.

Aus diesen Anfragen haben wir geschlossen, dass doch ein Bedarf nach näheren Erläuterungen des Lehrplans besteht. Deshalb hat sich das Hessische Kultusministerium dazu entschlossen, eine solche Handreichung zum Lehrplan zu erstellen und in diesem Jahr zu veröffentlichen.“

Frage der Abg. Hartmann:

Welche Möglichkeiten bestehen für Auszubildende, die das 21. Lebensjahr vollendet haben und nicht über ausreichende Sprachkenntnisse verfügen, ausbildungsbegleitenden Sprachunterricht zu erhalten, um nicht an der Sprachbarriere im Berufsschulunterricht zu scheitern?

Antwort der LR:

„Da gibt es zunächst einmal Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit. Die Bundesagentur für Arbeit bietet mit den sogenannten ausbildungsbegleitenden Hilfen seit vielen Jahren ein bewährtes Instrumentarium an, um Auszubildende trotz unterschiedlichster fachlicher, persönlicher und eben auch sprachlicher Probleme zum Ausbildungserfolg zu führen (...). Weiterhin bietet das Programm „Wirtschaft integriert“ des hessischen Wirtschaftsministeriums aktuell für alle Jugendlichen und Erwachsenen mit Sprachförderbedarf, die jünger als 27 Jahre sind, Unterstützung in der dualen Ausbildung, insbesondere im Hinblick auf die Förderung bzw. Verbesserung der Deutschkenntnisse (...).“

Frage des Abg. Merz:

Wie beurteilt die Landesregierung die Vereinbarung des Landes Baden-Württemberg mit den dortigen kommunalen Spitzenverbänden, wonach sich das Land mit einem jährlichen Zuschuss von einem Drittel der Kosten an der Finanzierung der Schulsozialarbeit beteiligt?

Antwort der LR:

„(...) Dass die baden-württembergische Landesregierung (...) eine Förderung der Jugendsozialarbeit an öffentlichen Schulen vornimmt, kann als landespolitische Schwerpunktsetzung interpretiert werden. (...) Wir haben (...) eine klare Finanzierungsstruktur etabliert, indem wir am 1. August 2014 mit der Richtlinie für Unterrichtsunterstützende sozialpädagogische Förderung (USF) zur Erfüllung des Bildungs- und Erziehungsauftrags an Schulen in Hessen allen hessischen allgemeinbildenden Schulen erstmals flächendeckend die Möglichkeit eingeräumt haben, die in der USF-Richtlinie dargestellten Landesaufgaben umzusetzen (...).“

NACHLESE

FACHGESPRÄCH InteA

Am 2. Dezember 2016 veranstaltete die Fraktion mit rund 50 Vertreterinnen und Vertretern von Schulen, Schulträgern und Verbänden ein Fachgespräch zum hessischen Schulförderungsprogramm „Integration durch Anschluss und Abschluss“ (InteA). Dabei machten die Vertreter deutlich, dass die Umsetzung des Programms mehr schlecht als recht läuft.

„Die Umsetzung stößt auf eine Vielzahl von Problemen, die teils in der Anlage des Programms selbst, teils im Mangel an Ressourcen begründet liegen“, erklärt unser sozialpolitischer Sprecher Gerhard Merz.

Das Programm bedürfe einer Überprüfung und Überarbeitung gemeinsam mit den Fachleuten, die zuvor offenbar gar nicht oder nur unzureichend gehört wurden.

„Die Landesregierung darf nicht weiter ihrer Linie treu bleiben, dass alles in bester Ordnung ist, sondern muss sich den vielen offenen Fragen stellen, damit das Programm die Schülerinnen und Schüler tatsächlich zum Erfolg führt“, so Merz.



Unsere [Große Anfrage](#) betreffend Umsetzungsstand des Sprachförderprogramms „Integration durch Anschluss und Abschluss“ (InteA) in Hessen

Zur [Pressemitteilung](#): „Sprachförderprogramm ‚InteA‘ braucht dringend Überprüfung und Überarbeitung“

REFORM DER LEHRERBILDUNG

Die aktuelle Ausgabe der Schulpädagogik-heute im neuen interaktiveren und fokussierteren Format beschäftigt sich mit dem Thema ‚Reform der Lehrerbildung in der Diskussion‘. Im Laufe der nächsten beiden Monate (März u. April) sollen Kommentierungen der Leserschaft zu den beiden Eröffnungsbeiträgen von Prof. Moegling und Prof. Terhart online gestellt werden.

Bis Ende April können Sie Ihre maximal fünf Seiten langen Kommentierungen der Eröffnungsbeiträge (Moegling/Terhart) an die Redaktion von Schulpädagogik-heute senden.

NÄHERE INFORMATIONEN FINDEN SIE [HIER](#)

INFOS FÜR SCHULEN

PROJEKT „HESSEN IN GUTER VERFASSUNG“

Am 17.12.2015 wurde vom Hessischen Landtag die Enquetekommission „Verfassungskonvent zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen“ eingesetzt und festgelegt, dass diese „breit angelegte Partizipationsmöglichkeiten für die hessischen Bürgerinnen und Bürger schaffen“ soll. Dabei sollen auch die hessischen Schülerinnen und Schüler an der Verfassungsreform beteiligt werden.

Die Hessische Landeszentrale für politische Bildung (HLZ) unterstützt dieses Vorhaben und hat in diesem Kontext das Projekt „Hessen in guter Verfassung! Schülerinnen und Schüler beteiligen sich an der Verfassungsreform“ ins Leben gerufen.

ZUM [INFORMATIONSSCHREIBEN](#) DER HESSISCHEN LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG

ZUM [BEGLEITSCHREIBEN](#) DES HESSISCHEN KULTUS-MINISTERIUMS

JUNIORWAHL 2017

Demokratie heißt vor allem: In Wahlen mitbestimmen, aber auch mitmischen, sich einbringen, Verantwortung übernehmen. Das können Schülerinnen und Schüler bei der Juniorwahl alles selbst erfahren und ausprobieren. Als Wahlhelferinnen und Wahlhelfer organisieren sie unter anderem die Wahl in der Schule mit, bilden einen Wahlvorstand und erhalten Wahlbenachrichtigungen.

Den Höhepunkt bildet die Stimmabgabe im Schulwahllokal und die anschließende Bekanntgabe der bundesweiten Ergebnisse am Wahlabend.

ZUM [ANMELDEFORMULAR](#)

ZUM [BEGLEITSCHREIBEN](#) DER HESSISCHEN LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG

NÄHERE INFORMATIONEN FINDEN SIE [HIER](#)

**SIE HABEN DIESEN NEWSLETTER NUR AUF UMWEGEN ERHALTEN UND MÖCHTEN IHN DIREKT BEZIEHEN?
SCHICKEN SIE UNS EINFACH EINE KURZE [EMAIL](#).**

SPD-Landtagsfraktion

Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden
Postfach 3240, 65022 Wiesbaden
Tel: +49 611 350-519
Fax: +49 611 350-511

Gert-Uwe Mende, V.i.S.d.P.
Theresa Drechsler
Martina Häusl-David
Gerfried Zluga-Buck
Abgeordnetenportraits: © SPD-Fraktion
Fotos: S.6: Gerhard Merz